

Einladung

zur 26. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am
Mittwoch, 27. März 2019, 14.00 Uhr, Rathaus, Gobelinsaal

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am 27.02.2019
2. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Digitalisierung der Friedhofsverwaltung
(Drucks. Nr. 0660/2019)
3. Antrag der AfD-Fraktion zur Verkleinerung des Gleichstellungsreferats
(Drucks. Nr. 0409/2019)
4. Antrag der SPD-Fraktion auf Anhörung gemäß § 35 der Geschäftsordnung zum Thema "Live-Stream von Ratssitzungen"
(Drucks. Nr. 0386/2019)
5. Antrag der CDU-Fraktion zur neuen Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache
(Drucks. Nr. 0852/2019)
6. Zwischenbericht zum 2. Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Hannover gemäß der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
(Informationsdrucks. Nr. 0163/2019 mit 1 Anlage)
7. Gesamtstädtisches Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ 2019/2020
(Informationsdrucks. Nr. 0792/2019)
8. Bericht der Dezernentin

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

26. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am Mittwoch, 27. März 2019,
Rathaus, Gobelinsaal

Beginn 14.00 Uhr
Ende 14.45 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Beigeordnete Kastning	(SPD)	
Ratsherr Borstelmann	(CDU)	
Ratsherr Engelke	(FDP)	
Ratsherr Gill	(SPD)	
Beigeordneter Hauptstein	(AfD)	
Ratsfrau Iri	(SPD)	für Ratsherrn Markurth
Bürgermeisterin Kramarek	(Bündnis 90/Die Grünen)	für Ratsfrau Langensiepen
(Ratsfrau Langensiepen)	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Beigeordneter Machentanz	(LINKE & PIRATEN)	
(Ratsherr Markurth)	(SPD)	
Ratsherr Marski	(CDU)	
Ratsherr Pohl	(CDU)	
Ratsfrau Steinhoff	(Bündnis 90/Die Grünen)	

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(Die FRAKTION)
Ratsherr Wruck	(DIE HANNOVERANER)

Verwaltung:

Stadträtin Rzyski	
Frau Diers	Fachbereich Personal und Organisation
Frau Gehrke	Gleichstellungsbüro
Frau Gödecke	Gesamtpersonalrat
Herr Häfker	Fachbereich Personal und Organisation
Herr Janßen	Gesamtpersonalrat
Herr Kallenberg	Fachbereich Personal und Organisation
Herr Rohrberg	Fachbereich Feuerwehr

Frau Kalmus	Fachbereich Büro Oberbürgermeister
Frau Volkmann	Fachbereich Personal und Organisation

Für die Niederschrift:

Herr Kohlmeyer	Fachbereich Personal und Organisation
----------------	---------------------------------------

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am 27.02.2019
2. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Digitalisierung der Friedhofsverwaltung
(Drucks. Nr. 0660/2019)
3. Antrag der AfD-Fraktion zur Verkleinerung des Gleichstellungsreferats
(Drucks. Nr. 0409/2019)
4. Antrag der SPD-Fraktion auf Anhörung gemäß § 35 der Geschäftsordnung zum Thema "Live-Stream von Ratssitzungen"
(Drucks. Nr. 0386/2019)
5. Antrag der CDU-Fraktion zur neuen Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache
(Drucks. Nr. 0852/2019)
6. Zwischenbericht zum 2. Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Hannover gemäß der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
(Informationsdrucks. Nr. 0163/2019 mit 1 Anlage)
7. Gesamtstädtisches Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ 2019/2020
(Informationsdrucks. Nr. 0792/2019)

8. Bericht der Dezernentin

II. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

9. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am 27.02.2019
10. Ersatzbeschaffung von 49 Beatmungsgeräten mit Halterungssystemen für den Rettungsdienst der Feuerwehr
(Drucks. Nr. 0850/2019)
11. Versetzung einer Beamtin / eines Beamten
12. Ernennungen von Beamtinnen und Beamten
- 12.1. Ernennung einer Beamtin
(Drucks. Nr. 0731/2019)
- 12.2. Ernennung einer Beamtin
(Drucks. Nr. 0732/2019)
- 12.3. Ernennung einer Beamtin
(Drucks. Nr. 0733/2019)

- 12.4. Ernennung einer Beamtin
(Drucks. Nr. 0734/2019)
- 12.5. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0735/2019)
- 12.6. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0736/2019)
- 12.7. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0737/2019)
- 12.8. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0738/2019)
- 12.9. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0739/2019)
- 12.10. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0740/2019)
- 12.11. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0741/2019)
- 12.12. Ernennung eines Beamten
(Drucks. Nr. 0742/2019)
- 13. Einstellungen und Höhergruppierungen
- 13.1. Einstellung eines Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0747/2019)
- 13.2. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0748/2019 mit 1 Anlage)
- 13.3. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0749/2019 mit 1 Anlage)
- 13.4. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0750/2019 mit 1 Anlage)
- 13.5. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0751/2019 mit 1 Anlage)
- 13.6. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0752/2019 mit 1 Anlage)
- 13.7. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0753/2019 mit 1 Anlage)
- 13.8. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0754/2019 mit 1 Anlage)

- 13.9. Einstellung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0755/2019)
- 13.10. Einstellung eines Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0756/2019 mit 1 Anlage)
- 13.11. Höhergruppierung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0744/2019)
- 13.12. Höhergruppierung eines Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0745/2019 mit 1 Anlage)
- 13.13. Höhergruppierung einer Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0746/2019)
- 13.14. Höhergruppierung eines Beschäftigten
(Drucks. Nr. 0488/2019 mit 1 Anlage)
- 13.15. Abschluss eines außertariflichen Vertrages
(Drucks. Nr. 0784/2019 mit 1 Anlage)
- 14. Vertragsverlängerungen
- 14.1. Übernahme einer Beschäftigten in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis
(Drucks. Nr. 0757/2019 mit 1 Anlage)
- 14.2. Übernahme einer Beschäftigten in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis
(Drucks. Nr. 0758/2019)
- 14.3. Übernahme eines Beschäftigten in ein unbefristetes
Beschäftigungsverhältnis
(Drucks. Nr. 0759/2019 mit 1 Anlage)
- 15. Bericht der Dezernentin

I. ÖFFENTLICHER TEIL

Beigeordnete Kastning eröffnete die 26. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses und stellte die ordnungsgemäße Ladung fest. Da das Protokoll der vergangenen Sitzung einigen Ausschussmitgliedern erst am Vortag der Sitzung beziehungsweise am Sitzungstag zugegangen sei, solle dessen Beratung in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen. Die Tagesordnungspunkte 11 und 13.7 werden von der Verwaltung zurückgezogen.

Ratsherr Pohl äußerte den Wunsch der CDU-Fraktion, die als Tagesordnungspunkt 13.15 vorgelegte Beschlussdrucksache Nr. 0784/2019 in der Fraktion zu beraten. Zudem interessiere ihn, weshalb der zu Tagesordnungspunkt 4 vorgelegte Antrag erneut auf der Tagesordnung stehe.

Beigeordnete Kastning antwortete, dass eine Beschlussfassung über den Antrag noch erforderlich sei.

TOP 1.

Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am 27.02.2019

Abgesetzt

TOP 2.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Digitalisierung der Friedhofsverwaltung (Drucks. Nr. 0660/2019)

Antrag

zu beschließen:

Die interne Verwaltung der städtischen Friedhöfe wird schnellstmöglich digitalisiert. Hierzu wird die Stadtverwaltung ein Konzept erstellen, dessen Umsetzung ggf. dann ausgeschrieben wird.

Beinhalten sollte die neue Verwaltungssoftware die Eckpunkte:

1. Digitale Erfassung des Objekts mit Grabfeldern, Grabreihen und Gräbern.
2. Auskunft über die Belegungsauslastung der jeweiligen Grabstätten
3. Auskunft über die maximal mögliche Belegungsdauer der Grabstätten
4. Verfügbarkeit aktueller und alter Friedhofs- und Gebührensatzungen
5. Anlage von Nutzungsverträgen, Gebührenbescheiden und Schriftverkehr auf Basis der Datenbank
6. flexible Suchfunktionen um die Auskunftsfähigkeit der Friedhofsverwaltungen zu verbessern.

Beigeordneter Machentanz merkte an, dass die Friedhofsverwaltung in Bad Pyrmont schon im Jahr 1995 digital gearbeitet habe und er es für selbstverständlich erachte, dass die Dokumentation nicht mehr auf Karteikarten erfolge. Ihn interessiere daher, inwiefern der Antrag notwendig sei.

Beigeordneter Hauptstein schloss sich dieser Frage an.

Frau Diers antwortete, dass die Frage vom Fachbereich Umwelt und Stadtgrün zu beantworten sei und eine Auskunft gegebenenfalls mit dem Protokoll nachgereicht werden könne.

Beigeordnete Kastning stellte fest, dass der Antrag gemäß seines Beratungsverlaufs zunächst im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen und erst anschließend im Organisations- und Personalausschuss beschlossen werden solle. Im Zuge der Beratung im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen werde sicherlich auch die Frage der fachlichen Notwendigkeit erörtert.

Ratsherr Engelke merkte als einer der Unterzeichnenden an, dass der Antrag seines Erachtens notwendig aber nicht vordringlich sei. Er halte es daher für vertretbar, zunächst die Beratung im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen abzuwarten.

Beigeordnete Kastning fasste zusammen, dass die im Antrag ausgezeichnete Reihenfolge der Beratung eingehalten werden solle und bat Herrn Kallenberg um eine rechtliche Einschätzung.

Herr Kallenberg erläuterte das formale Verfahren: Ein Antrag werde eingebracht, von den antragstellenden Fraktionen vorgestellt und begründet. Anschließend werde er überwiesen in die zuständigen Ausschüsse. Der vorliegende Antrag sei am 28. Februar gestellt und zunächst dem Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen, nachfolgend dem Organisations- und Personalausschuss zugeordnet worden.

Ratsherr Marski fragte, ob die Antwort auf die Frage des Beigeordneten Machentanz ausschlaggebend für das Votum des Organisations- und Personalausschusses sei. Seines Erachtens könne durchaus schon über den Antrag abgestimmt werden.

Ratsherr Gill bat darum, die Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen am 1. April abzuwarten. Wenn es dafür erforderlich sei, eine Beratung des Antrags in der Fraktion zu beantragen, wolle er dies tun.

Beigeordneter Hauptstein beantragte daraufhin pro forma, den Antrag in der Fraktion zu beraten. Dies solle ermöglichen, dass der Organisations- und Personalausschuss bei der Beratung über den vorliegenden Antrag auf ein fachliches Votum des Ausschusses für Umweltschutz und Stadtgrün aufbauen könne.

Auf Wunsch der AfD in die Fraktionen gezogen

TOP 3.

Antrag der AfD-Fraktion zur Verkleinerung des Gleichstellungsreferats (Drucks. Nr. 0409/2019)

Antrag

Die Ratsversammlung möge beschließen,
die im Referat für Frauen und Gleichstellung vorhandenen Stellen auf die eine nach dem NKomVG vorgeschriebene Gleichstellungsbeauftragte zu reduzieren und den Stellenplan sowie den Ansatz für den Personalaufwand entsprechend anzupassen.

Beigeordneter Hauptstein erläuterte, dass der vorgelegte Antrag aus den Überlegungen seiner Fraktion im Zuge der Haushaltsplanberatung resultiere und die Personalausstattung des Referates für Frauen und Gleichstellung auf ein Mindestmaß reduziert werden solle. Die Herausgabe einer neuen Regelung zur geschlechtergerechten Verwaltungssprache zeige, dass die Beschäftigten im Referat anscheinend mit nicht allzu vielen produktiven Dingen beschäftigt seien. In vielen Landkreisen und anderen Städten würde die gesetzlich vorgeschriebene Mindestpersonalausstattung zur Wahrnehmung der Aufgaben ausreichen. Auch die zu Tagesordnungspunkt 6 vorgelegten Statistiken zeigten, in welchem Maße sich die Beschäftigten des Referats mit unproduktiven Tätigkeiten befassen müssten. Viel wichtiger als die Frage, welches Geschlecht diejenigen hätten, die die städtischen Aufgaben wahrnahmen, sei es "für die Bürger Hannovers", dass die Aufgaben gut und effizient wahrgenommen würden.

Ratsherr Gill erwiderte, dass die Landeshauptstadt Hannover eine Vorbildfunktion habe, die von den Beschäftigten im Referat der Gleichstellungsbeauftragten hervorragend ausgefüllt werde. Der vorgelegte Antrag diskreditiere alle Beschäftigten. Seine Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Ratsfrau Steinhoff fügte hinzu, dass auch ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde. Sie erinnere sich an einen eindrucksvollen Bericht der Gleichstellungsbeauftragten über die von ihrem Referat wahrgenommenen Tätigkeiten und Aufgaben im Gleichstellungsausschuss. Ihre Fraktion begrüße bekanntermaßen ausdrücklich das Projekt der geschlechtergerechten Verwaltungssprache. Es sei längst an der Zeit, sich diesem Thema zuzuwenden. Aus diesem Grund sei ihre Fraktion der Meinung, dass die Personalausstattung des Referats gerechtfertigt sei und eher verstärkt als reduziert werden solle.

Ratsherr Förste merkte an, dass er sich darüber wundere, woher Beigeordneter Hauptstein wissen wolle, was "die Bürger Hannovers" wollten. Die Bürger*innen der Stadt seien sich darüber bewusst, dass zum Erreichen der Gleichberechtigung im Berufsleben noch viel zu tun sei. Der vorgelegte Antrag sei daher abzulehnen.

Ratsherr Pohl wies darauf hin, dass seine Fraktion die Richtlinien zur geschlechtergerechten Verwaltungssprache nicht als Glanzstück des Referats ansehe. Mit einer Stelle allein könne die Gleichstellungsbeauftragte aber ihren Aufgaben in einer Verwaltung mit mehr als zehntausend Beschäftigten keinesfalls gerecht werden.

Ratsherr Wruck stimmte Ratsherrn Gill darin zu, dass der Landeshauptstadt Hannover als Zentrum der Region eine gewisse Vorbildfunktion zukomme. Es handele sich aber hier um eine künstliche Vermehrung nicht notwendiger Stellen. Ein Beispiel sei die, zum Spott anregende, geschlechtergerechte Sprache, die in der Verwaltung praktiziert werden solle.

Stadträtin Rzyski stellte klar, dass der Gleichstellungsbeauftragten unter anderem der gesetzliche Auftrag zukomme, an allen Stellenbesetzungsverfahren mitzuwirken, in denen es sowohl männliche als auch weibliche Bewerbende gebe. Allein diese Aufgabe könne angesichts der Menge an Stellenbesetzungsverfahren keinesfalls von einer einzigen Person allein wahrgenommen werden. Unter Berücksichtigung dieser und der weiteren Aufgaben sei die Personalausstattung der Gleichstellungsbeauftragten eher sparsam.

Nachdem es keine Wortmeldungen gab, stellte Beigeordnete Kastning den Antrag zur Abstimmung.

1 Stimme dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4.

Antrag der SPD-Fraktion auf Anhörung gemäß § 35 der Geschäftsordnung zum Thema "Live-Stream von Ratssitzungen" (Drucks. Nr. 0386/2019)

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Termin eine Anhörung zum Thema Live-Stream von Sitzungen des Rates der Landeshauptstadt Hannover durchzuführen.

Als ExpertInnen werden dazu u.a. eingeladen:

- Frank Graffstedt, Ratsvorsitzender des Rates der Stadt Braunschweig
- Ralf Krüger, Ratsvorsitzender des Rates der Stadt Wolfsburg
- Thomas Kufen, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Rates der Stadt Essen o.V.i.A.
- Barbara Thiel, Niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz
- ein/e Vertreter/in der Firma h1 – Fernsehen aus Hannover
- ein/e Vertreter/in des Hasso-Plattner-Institutes Potsdam
- ein/e Vertreter/in des ZDF-Landesstudios Baden-Württemberg (für den Live-Stream des Gemeinderates der Landeshauptstadt Stuttgart)

Im Rahmen der Anhörung sollen die folgenden Fragen thematisiert werden:

- Welche rechtlichen Voraussetzungen bestehen für die Live-Übertragungen von Sitzungen des Rates und ggf. seiner Ausschüsse?
- Welche datenschutzrechtlichen Einschränkungen bestehen für die Live-Übertragungen von Sitzungen des Rates und ggf. seiner Ausschüsse?
- Welche unterschiedlichen Formate werden von den Kommunen bzw. von den Anbietern beim Live-Streaming von Ratssitzungen vorgehalten?
- Welche Resonanz finden die Angebote, bzw. welche Zugriffszahlen sind sowohl für die Live- als auch für die Archivangebote zu verzeichnen?
- Welcher Aufwand an Personal, Technik, Server- und Leitungskapazitäten ist für die Aufzeichnung, Übertragung, Nachbearbeitung, Bereitstellung und Archivierung von Live-Übertragungen von Sitzungen des Rates und ggf. seiner Ausschüsse notwendig?
- Welche Kosten fallen hierfür in anderen Kommunen an?

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Beigeordnete Kastning über den Antrag abstimmen.

Einstimmig

TOP 5.

Antrag der CDU-Fraktion zur neuen Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache (Drucks. Nr. 0852/2019)

Antrag

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt ihre „Neue Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ zurückzunehmen, bis eine noch zu treffende bundes- oder landesgesetzliche Regelung sie zur Einführung verpflichtet.

Ratsherr Pohl wiederholte, dass es sich bei der neuen Regelung nach Ansicht seiner Fraktion nicht um ein Glanzlicht handle. Die Regelung stoße auf sehr viel Unverständnis in der allgemeinen Bevölkerung. Bei Fachleuten, die diese Regelung im universitären Umfeld diskutierten, sei dies wohl anders. Er habe aber den Eindruck, dass auch die Berichterstattung in überregionalen Medien, Fachpublikationen ausgenommen, überwiegend negativ ausgefallen sei. Seine Fraktion beantrage daher, die neue Regelung zurückzustellen, bis sich Landes- und Bundesgremien mit der Frage befasst und eine einheitliche Regelung entwickelt hätten.

Ratsfrau Steinhoff verwies auf die ausführliche Beratung dieser Fragestellung in der vergangenen Ratssitzung. Ihrem dortigen Redebeitrag habe sie nichts hinzuzufügen. Die Fachwissenschaft befürworte die Regelung und es sei bekannt, dass die Berichterstattung in Gazetten eher auf Stimmungsmache und Verkaufszahlen abziele. Die Verwaltung sei gut beraten, Menschen aller Geschlechter, die in der Stadtverwaltung arbeiteten oder in der Stadt lebten, gleichberechtigt anzusprechen. Die Entscheidung, eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache einzuführen, sei daher genau richtig. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Beigeordneter Hauptstein entgegnete, dass er aufgrund der bekannten und bereits erläuterten Position seiner Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Zu dem Thema seien einige Anträge verschiedener Fraktionen bereits im Umlauf, so nun auch von der CDU-Fraktion. Während die CDU-Fraktion aber dem fast gleichlautenden Antrag der AfD-Fraktion und der HANNOVERANER nicht zugestimmt habe, werde er dennoch dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Ratsherr Gill erinnerte daran, dass er persönlich bereits Anfang der Neunziger Jahre in seinem beruflichen Umfeld begonnen habe, PC-Arbeitsplätze einzurichten. Viele Menschen hätten dies als unnötig abgetan und sich gegen die Einführung der neuen Technik gewehrt. Auch die Sprache habe sich laufend weiterentwickelt und so sei die neue Regelung ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Bürger*innen Hannovers und den städtischen Beschäftigten. Seine Fraktion werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Ratsherr Wruck betonte, dass es ein Irrtum sei anzunehmen, die Fachwissenschaft stimme der geschlechtergerechten Sprache zu. Er wisse aus vielen Einzelbeispielen, dass mit Sicherheit eine Mehrheit der Fachleute dieser Sprache nicht zustimme. Die Genderwissenschaft stimme diesen Regelungen wohl zu, sei aber in seinen Augen eine "ideologisch überfrachtete Pseudowissenschaft". Die neue Sprachregelung sei überflüssig und konterkariere die allgemein üblichen sprachlichen Regelungen, so wie sie auch im Duden beschrieben würden. Sie sei Ausdruck einer kleinen Minderheit, die der großen Mehrheit der Bevölkerung ihren Willen aufzwingen wolle. Die Einführung dieser Sprache widerspreche also auch dem Gedanken der demokratischen Willensbildung, dem zufolge alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Beigeordnete Kastning bat um Abstimmung, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen.

4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.

Zwischenbericht zum 2. Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Hannover gemäß der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

(Informationsdrucksache Nr. 0163/2019 mit 1 Anlage)

Frau Diers informierte darüber, dass die vorgelegte Informationsdrucksache bereits im Gleichstellungsausschuss ausführlich behandelt und einvernehmlich zur Kenntnis genommen worden sei. Auf Wunsch von Ratsherrn Wolf werde die Verwaltung mit dem Protokoll des Gleichstellungsausschusses den vollständigen Bericht versenden.

Ratsfrau Steinhoff begrüßte den Zwischenbericht und dankte dem Referat für Frauen und Gleichstellung ausdrücklich für die Organisation der Ausstellung gegen sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz. Sie bitte um Auskunft darüber, welche Resonanz die Ausstellung bisher erfahren habe.

Frau Gehrke antwortete, dass die Ausstellung im vergangenen Jahr zahlreiche Fachbereiche und Dienstgebäude durchlaufen habe und mittlerweile ins Büro der Gleichstellungsbeauftragten zurückgekehrt sei. Viele andere Kommunen hätten aber bereits angefragt, ob sie die Ausstellung ausleihen könnten. An den Vorträgen und Fortbildungen hätten 950 Beschäftigte teilgenommen, zusätzlich seien noch zahlreiche Beschäftigte über die Ausstellung in den Dienstgebäuden erreicht worden.

Beigeordnete Kastning stellte die Kenntnisnahme der Drucksache fest.

Zur Kenntnis genommen

TOP 7.

Gesamtstädtisches Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ 2019/2020

(Informationsdrucksache Nr. 0792/2019)

Beigeordnete Kastning wies darauf hin, dass die Informationsdrucksache bereits den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters durchlaufen habe und noch in allen weiteren Fachausschüssen auf den Tagesordnungen stehen werde. Im Organisations- und Personalausschuss gab es keine Wortmeldungen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 8.

Bericht der Dezernentin

Stadträtin Rzyski teilte mit, dass sie für den öffentlichen Sitzungsteil keine Berichtspunkte habe.

Beigeordneter Machentanz machte darauf aufmerksam, dass sich der Antrag von Ratsherrn Braune zum Einsatz von Rohrzucker (Drs. Nr. 2505/2018) auf der Tagesordnung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen am 1. April befinde. Ihn interessiere, ob Ratsherr Braune den Antrag entsprechend ergänzt und auf die Beratung im Ausschuss hingewirkt habe.

Stadträtin Rzyski antwortete, dass die Frage ad hoc nicht zu beantworten sei. Es erscheine aber naheliegend, Ratsherrn Braune im Rahmen der kommenden Ratssitzung danach zu fragen.

Für die Niederschrift

Rzyski

Kohlmeyer

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den

- Ausschuss für Umwelt und Stadtgrün
- Organisations- und Personalausschuss
- Verwaltungsausschuss
- Ratsversammlung

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
28. Feb. 2019
<i>Lo</i> 18.60

18.60 ✓
15.248-1

Hannover, 28.02.2019

Antrag: gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover
Digitalisierung der Friedhofsverwaltungen

zu beschließen:

Die interne Verwaltung der städtischen Friedhöfe wird schnellstmöglich digitalisiert. Hierzu wird die Stadtverwaltung ein Konzept erstellen, dessen Umsetzung ggf. dann ausgeschrieben wird.

Beinhalten sollte die neue Verwaltungssoftware die Eckpunkte:

1. Digitale Erfassung des Objekts mit Grabfeldern, Grabreihen und Gräbern.
2. Auskunft über die Belegungsauslastung der jeweiligen Grabstätten
3. Auskunft über die maximal mögliche Belegungsdauer der Grabstätten
4. Verfügbarkeit aktueller und alter Friedhofs- und Gebührensatzungen
5. Anlage von Nutzungsverträgen, Gebührenbescheiden und Schriftverkehr auf Basis der Datenbank
6. flexible Suchfunktionen um die Auskunftsfähigkeit der Friedhofsverwaltungen zu verbessern.

Begründung:

Aufgrund der Anlage einer digitalen Objekterfassung der Friedhöfe und der Verknüpfung dieser Übersicht mit verschiedenen Aspekten der vielfältigen Aufgaben der Friedhofsverwaltungen ist eine erhebliche Verbesserung der Effizienz der Friedhofsbewirtschaftung möglich. Dadurch können sowohl die Arbeit der Friedhofsverwaltungen erleichtert, die Nutzer*innenfreundlichkeit erhöht und auch die Arbeit der Dienstleister*innen wie Friedhofsgärtnereien und Steinsetzer*innen erleichtert werden. Auch Friedhofskontrollen unter Sicherheitsaspekten werden erleichtert und eine langfristige, vorausschauende Bewirtschaftung erleichtert.


Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende


Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende


Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover



Hannover, den 05.02.2019

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Verkleinerung des Gleichstellungsreferats

Die Ratsversammlung möge beschließen,

die im Referat für Frauen und Gleichstellung vorhandenen Stellen auf die eine nach dem NKomVG vorgeschriebene Gleichstellungsbeauftragte zu reduzieren und den Stellenplan sowie den Ansatz für den Personalaufwand entsprechend anzupassen.

Begründung:

An der Erarbeitung der am 18. Januar 2019 herausgegebenen neuen "Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache" war dieses Referat maßgeblich beteiligt. Diese Empfehlungen sind undurchdacht, unlogisch, kompliziert, teils absonderlich und lächerlich, sie erschweren die Kommunikation und erhöhen den bürokratischen Aufwand, sie sind nicht nur komplett überflüssig, sondern schädlich. Ein Referat, das sich mit derlei Unfug beschäftigt, ist ganz offensichtlich nicht ausgelastet - und scheint deshalb Auslastung nur vortäuschen zu wollen.

Die AfD-Fraktion bringt deshalb ihren seinerzeit zum Haushalt 2019/2020 vorgelegten Antrag wie oben erneut ein. Die Begründung (unten) wird beibehalten und um die vorangegangene aktuelle Passage ergänzt.

S. Hauptstein
Sören Hauptstein

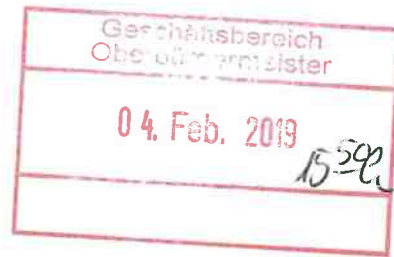
Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH
Bezirksratsherr im Stadtbezirk Südstadt-Bult

https://www.afd-fraktion-hannover.de/images/Newsletter/Haushalt_201920/Gleich/Antrag-Gleichstellung-Personal.pdf

AfD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover
Herrenstr. 7
30159 Hannover

0511-168-31845
info@afd-fraktion-hannover.de
afd@hannover-rat.de
www.afd-fraktion-hannover.de

Fraktionsvorsitzender: Sören Hauptstein
stv. Fraktionsvorsitzender: Reinhard Hirche
Geschäftsführer: Philipp Noblé



In den

- Organisations- und Personalausschuss

04.02.2019

Antrag

auf Anhörung gemäß § 35 der Geschäftsordnung
des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Live-Stream von Ratssitzungen

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Termin eine Anhörung zum Thema Live-Stream von Sitzungen des Rates der Landeshauptstadt Hannover durchzuführen.

Als ExpertInnen werden dazu u.a. eingeladen:

- Frank Graffstedt, Ratsvorsitzender des Rates der Stadt Braunschweig
- Ralf Krüger, Ratsvorsitzender des Rates der Stadt Wolfsburg
- Thomas Kufen, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Rates der Stadt Essen o.V.i.A.
- Barbara Thiel, Niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz
- ein/e Vertreter/in der Firma h1 – Fernsehen aus Hannover
- ein/e Vertreter/in des Hasso-Plattner-Institutes Potsdam
- ein/e Vertreter/in des ZDF-Landesstudios Baden-Württemberg (für den Live-Stream des Gemeinderates der Landeshauptstadt Stuttgart)

Im Rahmen der Anhörung sollen die folgenden Fragen thematisiert werden:

- Welche rechtlichen Voraussetzungen bestehen für die Live-Übertragungen von Sitzungen des Rates und ggf. seiner Ausschüsse?
- Welche datenschutzrechtlichen Einschränkungen bestehen für die Live-Übertragungen von Sitzungen des Rates und ggf. seiner Ausschüsse?
- Welche unterschiedlichen Formate werden von den Kommunen bzw. von den Anbietern beim Live-Streaming von Ratssitzungen vorgehalten?
- Welche Resonanz finden die Angebote, bzw. welche Zugriffszahlen sind sowohl für die Live- als auch für die Archivangebote zu verzeichnen?
- Welcher Aufwand an Personal, Technik, Server- und Leitungskapazitäten ist für die Aufzeichnung, Übertragung, Nachbearbeitung, Bereitstellung und Archivierung von Live-Übertragungen von Sitzungen des Rates und ggf. seiner Ausschüsse notwendig?
- Welche Kosten fallen hierfür in anderen Kommunen an?

Begründung:

Online-Streaming ist eine Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger an den politischen Meinungsbildungsprozessen teilhaben zu lassen. Möglicherweise kann über dieses Instrument

der politischen Teilhabe das Interesse und die Bereitschaft von Menschen verstärkt werden, sich für die Belange ihrer Stadt begeistern und zur Mitwirkung animieren zu lassen.

In anderen Kommunen, u.a. in Braunschweig, Wolfsburg und Essen wird das Online-Streaming bereits genutzt. Dabei greifen die Kommunen auf verschiedenste Anbieter zurück – so werden die Sitzungen des Rates der Landeshauptstadt Potsdam vom Hasso-Plattner-Institut betreut, die des Gemeinderates der Landeshauptstadt Stuttgart vom ZDF, während die Sitzungen des Rates der Landeshauptstadt Hannover bisher vom h1-Fernsehen aus Hannover aufgezeichnet und in Ausschnitten ins Internet übertragen werden.

Die Landeshauptstadt Hannover sollte deshalb diese Möglichkeit prüfen, damit die Ratsgremien über den Einsatz eines Online-Streams in Sitzungen des Rates und ggf. seiner Ausschüsse entscheiden können. In der Anhörung sollen deshalb sowohl die Erfahrungswerte verschiedener kommunaler Vertretungen als auch die verschiedenen Angebotsformate etc. beleuchtet werden.

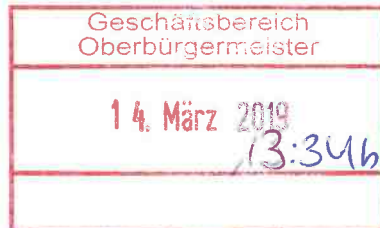
A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Kastning', is positioned above the printed name and title.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

In den Organisations- und Personalausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung



14. März 2019



Antrag gem. der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Neue Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt ihre „Neue Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ zurückzunehmen, bis eine noch zu treffende bundes- oder landesgesetzliche Regelung sie zur Einführung verpflichtet.

Begründung:

Sprache verändert sich demokratisch von unten nach oben. Ein Umdenken oder gar ein Abstellen realer Ungleichberechtigungen hat eine Sprachregelung „von oben“ noch nie bewirkt – im Gegenteil, Versuche in diese Richtung waren eher unselig. Zudem darf sich Verwaltungssprache nicht zu sehr von der Alltagssprache der Menschen entfernen, wenn sie gehört und verstanden werden will. Dieser Auffassung hat sich auch der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen öffentlich angeschlossen. Diesem Geist entspringt auch der Versuch der Verwaltung, durch sogenannte „einfache Sprache“ möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner zu erreichen. Dieser gute Ansatz wird durch die vorgelegte Regelung aus unserer Sicht konterkariert. Zudem besteht mit der Regelung die Gefahr, erneut Menschen auszugrenzen, die sich hinter diesen Sprachregelungen nicht versammeln können oder wollen. Somit würden Ungerechtigkeiten nicht nur bemäntelt, sondern unter Umständen sogar zementiert.

Uns geht es aber um die Beseitigung tatsächlicher Ungleichbehandlungen, denen Menschen immer noch täglich ausgesetzt sind, dafür sind wir gewählt und hier gibt es noch genug zu tun. Eine kurzfristig eingeführte Regelung, von der selbst Mitarbeitende der Verwaltung überrascht waren und deren Festlegungen nicht geschult waren und eher Verwirrung stiften, erfüllt diesen Zweck aus unserer Sicht jedenfalls nicht.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Emmelmann', written in a cursive style.

Jens-Michael Emmelmann
stellv. Vorsitzender

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache



In den Gleichstellungsausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Verwaltungsausschuss
An die Ratsversammlung (zur Kenntnis)

Nr. 0163/2019

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Zwischenbericht zum 2. Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Hannover gemäß der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene hat die LHH im Jahr 2011 ihr Engagement für Geschlechtergerechtigkeit über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus bekräftigt. Eine zentrale Aufgabe, die sich aus der Unterzeichnung der Europäischen Charta herleitet, ist die Erarbeitung von Gleichstellungsaktionsplänen. Sie sind laut Charta notwendige Instrumente zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Ihre besondere Qualität liegt in der konkreten Benennung von zu ergreifenden Maßnahmen und der regelmäßigen Berichterstattung

Zum 2. Gleichstellungsaktionsplan der LHH mit seiner Laufzeit von 2017 bis 2019 wurde im Sommer 2018 eine Zwischenabfrage zum Sachstand der Umsetzung durchgeführt. In Formularen, die die Zielsetzungen, Maßnahmen und Indikatoren der jeweiligen Aktionen wiedergaben, wurden die jeweiligen Zwischenstände abgefragt. Die Rückmeldungen erfolgten im Herbst und die Zusammenstellung ergab eine sehr umfangreiche Berichterstattung.

In der beigefügten Anlage sind die Ergebnisse tabellarisch in einer Kurzfassung als Übersicht dargestellt. Eine ausführliche Berichterstattung kann zu einzelnen Maßnahmen durch Vertretungen aus den Fachverwaltungen in einem Folgetermin des Gleichstellungsausschusses erfolgen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Der Gleichstellungsaktionsplan und die dazu gehörige Berichterstattung hat das Thema Gender als grundlegendes Thema.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18.1
Hannover / 03.01.2019

Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
1.1.1	Paritätische Besetzung der Akteurinnen und Akteure bei Veranstaltungen des Büro des Oberbürgermeisters	Büro des Oberbürgermeisters	Die Geschlechterparität bei Veranstaltungen wird angestrebt, ist jedoch nicht in allen Themenbereichen möglich. Eine differenzierte Statistik wurde aufgebaut und eine Evaluation am Ende der Berichtszeit ist geplant.
1.1.2	Beteiligungsbericht	Fachbereich Finanzen	Die entsprechende Transparenz wurde mit dem Beteiligungsbericht 2017 geschaffen. Der Bericht erscheint jeweils im September und wird unter hannover.de mit allen Daten veröffentlicht.
1.1.3	Feministischen Perspektiven Raum geben	Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Hannover	Bisher fanden 2 Veranstaltungen unter Mitwirkung vielfältiger Kooperationspartnerinnen und –partnern statt. Es nahmen insgesamt 260 Personen teil. Trotz Pressemitteilung und Einladung erfolgte keine mediale Berichterstattung. In sozialen Netzwerken waren die Veranstaltungen jedoch sehr präsent.
1.2.1	Genderfokus beim Hannoverschen Diversity-Netzwerk	Fachbereich Kultur in Kooperation mit dem Fachbereich Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule	2017: Hanoversche Diversity-Netzwerk-Treffen unter dem Thema "Gender Diversity und Frauenförderung" mit Schwerpunkt Führungspositionen und Teilzeitführung (Teilnehmende: 10 Männer / 57 Frauen, Podium: 1 Mann / 5 Frauen) 2018: Diversity-Tag zum Thema Vielfalt auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (Teilnehmende 18 Männer / 56 Frauen, Podium 4 Männer / 4 Frauen)
1.2.2	Kampagne gegen die Altersarmut	Fachbereich Soziales in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Senioren	Bis Mitte 2018 wurden 50 Informationsveranstaltungen für Seniorinnen und Senioren und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Thema Wohngeld durchgeführt (u.a. auch in russischer und türkischer Sprache). 1.100 Menschen wurden erreicht, mit einem Frauenanteil von fast 90%. Die Veranstaltungen werden zukünftig fortgeführt.

Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
1.2.3	Genderfokus bei der Wohnungsvermittlung	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung	Eine zentrale Ansprechpartnerin für die Frauenhäuser ist vorhanden. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den Frauenhäusern und dem Projekt für wohnungslose Frauen. Bisher gab es 2 Austauschgespräche und im Rahmen einer bestehenden AG nach §4 SGB XII entstand eine Unter-AG Frauen.
1.2.4	Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt und sexualisierter Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge	Fachbereich Jugend und Familie Fachbereich Planen und Stadtentwicklung	Es fanden im Berichtszeitraum 3 Runde Tische statt mit jeweils bis zu 20 Teilnehmenden. Eine Handlungsempfehlung zum Thema wurde erarbeitet. Bei 3 Schulungsterminen wurden Betreiber der Unterkünfte geschult und Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen sind bei neuen Betreiberverträgen inkludiert.
1.2.5	Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund am Sport über Qualifikation (Übungsleiterin)	Fachbereich Sport und Bäder	Konzeption und Finanzierungsplanung zu einem Qualifikationsangebot für Frauen mit Migrationshintergrund erfolgte in 2017. Eine Qualifizierungsmaßnahme wurde mit 12 Teilnehmerinnen im April 2018 erfolgreich abgeschlossen. Diese Teilnehmerinnen sind inzwischen in Vereinen als Übungsleiterinnen aktiv.
2.1.1	Förderung der Gleichstellung in der Personalarbeit	Fachbereich Personal und Organisation Referat für Frauen und Gleichstellung	Teilnahme an der Qualifizierung für Führungs- und Schlüsselpositionen A14/E13: Kurs beendet am 31.03.17 mit 3 Frauen / 2 Männern, lfd. Kurs (Ende 28.02.19) mit 6 Frauen / 6 Männern (davon in Teilzeit: 2 Frauen / 1 Mann). 2017: externe Einstellung von 6 Frauen in A14/E13 Förderkreis 2017-2020: 9 Frauen / 10 Männer Fördermittel zur Geschlechtergleichstellung: Finanzierung von Stundenüberschneidungen bei Aufteilung einer Stelle

Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
2.1.2	Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben	Fachbereich Personal und Organisation	Die neuen Vergabekriterien zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit gelten seit 01.07.2018 und bieten Möglichkeiten zu individueller Vereinbarkeit (BDS 0013/2018). Qualifizierungsmaßnahmen und Angestelltenlehrgänge werden auch in vereinbarkeitsfreundlichen Varianten angeboten. Die Dienstvereinbarung 11/133 zu Telearbeit ist in Kraft und erfährt derzeit eine datenschutzrechtliche Überarbeitung. Externe und interne Recherchen zum Umgang mit Teilzeit im Dienst- und Schichtbetrieb sind nahezu abgeschlossen. Ein Papier zum Aufzeigen von Lösungswegen wird erstellt. 3 Themennachmittage Pflege wurden im Berichtszeitraum angeboten, 5 Termine für einen Erfahrungsaustausch zum Thema Pflege fanden statt. Das Angebot der Fluxx-Notfallbetreuung besteht weiterhin für alle Beschäftigten, ebenso das der Ferienbetreuungsmaßnahme im Sommer.
2.1.3	Personalgewinnung und Personalbindung in technischen Berufen	Fachbereich Personal und Organisation	Durchführung von 2 Dialogveranstaltungen zur Problemlagenanalyse und anschließend Arbeit in UnterAGs. Ein Handlungskonzept wurde im März 2018 vorgestellt. In der AG Weiterbildungscoordination in technischen Berufen erfolgt derzeit eine Maßnahmeplanung für die Weiterqualifizierung von Frauen und Männern. Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit als günstige Voraussetzung zur Gewinnung von Frauen für technische Berufe wurde durch die Einführung von Telearbeit und Langzeitkonten erreicht. An der Optimierung der Datenbasis zur Erfassung von Frauen und Männern in technischen Berufen wird bis Ende 2019 gearbeitet.

Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
2.1.4	Männer in die städtischen Kindertagesstätten	Fachbereich Jugend und Familie	In den städtischen Kitas läuft in 2018 eine Fortbildungsreihe zum Thema Gender und Diversität. Über das Projekt "Mehr Männer in die Kitas" gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den Fachschulen und es wurde ein Arbeitskreis für männliche Auszubildende ins Leben gerufen. Darüber hinaus bietet der Arbeitskreis Männer von seiten der LHH trägerübergreifend Beratungsangebote an. Es wird im Gleichstellungsausschuss, im Jugendhilfeausschuss und in FachAGs regelmäßig berichtet, auf Jobmessen und an der "Langen Nacht der Berufe" teilgenommen. Das Projekt "Kita International" läuft an 4 Standorten. Der Anteil der männlichen Pädagogen in städtischen Kitas lag im Berichtszeitraum bei 11%, die Anzahl der Arbeitsplätze für berufsbegleitende Ausbildung liegt bei 55.
2.1.5	Gesundheitsförderung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	Fachbereich Personal und Organisation	Auf Basis einer Nachfrage wurde das Angebot erweitert und von Männern gut angenommen (Boxen, Krav Maga, Bogenschießen, Laufen, Rudern, Tennis). Die Anzahl der Teilnehmer ist gestiegen, jedoch blieb das Verhältnis zwischen Männern und Frauen gleich (1/3 : 2/3). Erklärung: Gesamtanteil der Männer und Frauen in der Stadtverwaltung (44 % : 56%) außerdem ist zu vermuten, dass Männer eher in Mannschaftssportarten außerhalb des Betriebssports tätig sind.
2.1.6	Häusliche Gewalt und die Auswirkungen am Arbeitsplatz	Referat für Frauen und Gleichstellung in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Personal und Organisation und dem Gesamtpersonalrat	Die Bearbeitung des Themas wurde wie geplant fortgeführt. 2017 fanden Veranstaltungen mit 42 Teilnehmenden statt (Vertiefungsschulungen 11 TN, Erfahrungsaustausch 31 TN) Die Informationskampagne wird derzeit vorbereitet, ein Plakat wurde entworfen und im 1. Quartal 2019 wird es veröffentlicht.

Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
2.1.7	Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	Referat für Frauen und Gleichstellung in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Personal und Organisation und mit dem Gesamtpersonalrat	Die Kampagne befindet sich in der Durchführungsphase. Es wurde eine Fortbildung für Führungskräfte angeboten (18 TN). Es fanden in 6 Fachbereichen Infoveranstaltungen (insgesamt 224 TN) statt und Veranstaltungen für Örtliche Personalräte, Örtliche Frauenbeauftragte, Gesamtschwerbehindertenbeauftragte, für das Fachbereichsleiterforum und die DezernentInnenkonferenz. Die Ausstellung zum Thema wurde bisher an 9 Standorten gezeigt und wird weiterhin angeboten, ein Verleih an extern Anfragende ist ab 2019 möglich.
3.1.1	Bedarfsgerechte Schaffung von Kindertagesstättenplätzen	Fachbereich Jugend und Familie	Zum 30.06.2018 betrug die Versorgungsquote für die 1-2jährigen 59,5%. Die Versorgungsquote für die 3-5jährigen lag zum Stichtag bei 99,1%. Vom 01.01.2017 bis 30.06.2018 wurden 334 Krippenplätze und 501 Kindergartenplätze neu geschaffen. Berichterstattung zu den Kindergartenplätzen im Jugendhilfeausschuss siehe DS 2350/2017, 0618/2018, 1807/2018 und siehe Kindertagesstättenbericht 2018 (DS 1247/2018).
3.1.2	Fluxx – Notfallbetreuung für Angehörige mit Unterstützungsbedarf	Fachbereich Jugend und Familie	Der Internetauftritt www.fluxx-hannover.de wurde aktualisiert und auf Personalversammlungen der Partnerbetriebe (25) wird das Angebot präsentiert. Das "Netzwerk Fluxx-Region Hannover" wird für neu interessierte Kommunalverwaltungen ausgebaut. Mit Hamburg, München und Wolfsburg (u.a.) wurden Fachtage durchgeführt und Kooperationen eingegangen. Die Beratungsleistungen haben sich verdoppelt, die Betreuungseinsätze in den Familien haben sich verdreifacht, die Zahl der qualifizierten aktiven Ehrenamtlichen liegt bei 36. Eine Drucksache zur Verstetigung der Fluxx-Dienstleistungen wird nach Ablauf der Projektzeit (Juni

Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
3.1.3	Ausbau der Ganztagschulen	Fachbereich Schule und Fachbereich Gebäudemanagement	2019) vorgelegt. Im Schuljahr 2017/18 sind drei Grundschulen in den Ganztagsbetrieb gewechselt (GS Stammestraße, GS Tegelweg, GS Tiefenriede) und die Betreuungsquote wurde weiter erhöht. Von 60 Grundschulen sind 41 (68%) im Ganztagsbetrieb. Bei den weiterführenden Schulen werden von 44 bereits 31 (70%) im Ganztagsbetrieb geführt. Zum Schuljahr 2018/19 nehmen außerdem 2 Grundschulen, 2 Gymnasien und eine Realschule den Ganztagsbetrieb auf. Das Betreuungsangebot wird bei den Ganztagschulen von Montag bis Freitag von 13.00 Uhr bis i.d.R. 16.00 Uhr (oder je nach Betreuungskonzept bis 15.15 Uhr) sichergestellt, bedarfsweise gibt es auch eine Früh- oder Spätbetreuung. In den Ferien findet die Betreuung von 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr statt. In der Info-DS 0669/2017 N1 sind die Planungsgrundlagen zum weiteren Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen ab 2020/21 dargestellt.
3.1.4	Qualitätsentwicklung von Bildungsangeboten in Ganztagsgrundschulen	Fachbereich Schule	Eine Abfrage zu den Wünschen und Bedürfnissen von Mädchen und Jungen bei den Bildungsangeboten erfolgt mittels Umfragen bei den Kindern und Eltern. Im Rahmen von Workshops und Informationsveranstaltungen werden Qualitätsstandards hinsichtlich einer gender- und diversitybezogenen Pädagogik gemeinsam mit den Kooperationspartnern erarbeitet. Von ca. 12.300 Schülerinnen und Schülern (2017/18) in den Ganztagschulen haben ca. 8.500 das Ganztagsangebot wahrgenommen (69%). Eine statistische Erhebung zu den männlichen und weiblichen Betreuungskräften erfolgt nicht. Die Bildungsangebote richten sich generell gleichermaßen an Jungen und Mädchen. Eine statistische Erhebung diesbezüglich erfolgt nicht.

Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
3.1.5	Verschönerungen an Schulanlagen am Beispiel der Gestaltung von WC-Anlagen	Fachbereich Schule/ Bereich Schulmanagement in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gebäudemanagement und der Gebäudereinigung	Die Bearbeitung erfolgt laufend, die Partizipation der Schülerinnen und Schüler trägt zur Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer der WC-Anlagen bei und fördert das Ausbleiben von Vandalismus. Weitere Maßnahmen sind geplant und werden im Rahmen des Sonderprogramms zur Sanierung der Schultoiletten umgesetzt. Aufgrund der hohen Anzahl an Neubau- und Sanierungsprojekten im Schulbau (Invest-Memorandum) und der derzeitigen Personalsituation ist eine spezifische Datenerhebung derzeit nicht wie ursprünglich geplant leistbar.
3.2.1	Aktivierung der Mitgestaltung städtischen Kulturlebens	Fachbereich Kultur	Eine bereits bestehende gemeinsame Veranstaltungsreihe mit kargah und Einrichtungen des Fachbereichs Kultur wurde fortgesetzt und intensiviert. In Zusammenarbeit mit kargah wurde eine Erweiterung der Internetseite "Welt in Hannover" um Kulturinformationen in Betrieb gesetzt.
3.2.2	„Jungen und Männer erobern die Stadtbibliothek“	Fachbereich Kultur/ Stadtbibliothek Hannover	Lesung für Erwachsene A. Kraß: "Ein Herz und eine Seele..." (TN 100% Frauen) Lesung H. Kesting: Oskar Wilde (ca 150 TN, davon 40% Männer) Zukunftstag in der Stadtbibliothek für Jungen (TN 100 % männlich) Bilderbuchkino mit männlichen Helden (etwa 50% Jungen und 50% Mädchen) Kinderschulbibliotheksarbeit: Kindersoftwarepreis (20 TN, davon 80% Jungen) Workshop "Buch-Block-Bau" (TN 80% Jungen) Männerthema in der Reihe "Musik im Wort" wird derzeit verfolgt.
3.2.3	Künstlerinnen in und aus Hannover	Fachbereich Kultur	Der bestehende frauenORT "Mary Wigman" wurde

			unterstützt. Derzeit läuft eine Initiative der VHS, Ada Lessing in einem frauenORT zu würdigen. Eine verbesserte Wahrnehmung von Künstlerinnen soll im Kulturentwicklungsplan berücksichtigt werden.
Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
3.2.4	Finanzielle Gleichstellung von Künstlerinnen und Künstlern	Fachbereich Kultur	Auf Basis der gesellschaftlichen Entwicklungen (gesetzlicher Mindestlohn, Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst) werden auch soziale Mindeststandards für freie Kulturschaffende gefordert (Honoraruntergrenzen). Die wünschenswerte Einhaltung der Mindeststandards führte in Hannover in 2017 und 2018 zu einer deutlichen Verringerung der Anzahl geförderter Projekte (25% weniger als 2016, bei gleichbleibenden Förderansätzen). Damit droht die Ausdünnung der Theater- und Tanzlandschaft in Hannover. Die Umsetzung der Standards kann letztlich nur über die Erhöhung der Förderansätze erfolgen. Dieses Thema wird in den Kulturentwicklungsplan aufgenommen.
3.2.5	Frauenanteil in öffentlichen Ehrungen	Fachbereich Kultur	Diese Maßnahme musste wegen personeller Engpässe zurückgestellt werden, die Umsetzung begann im November 2018.
3.3.1	Förderung selbständiger Frauen und Existenzgründerinnen	Fachbereich Wirtschaft	Es wurden zahlreiche zielgruppenadäquate Angebote für Unternehmerinnen der Mode- und Designbranche angeboten sowie regelmäßige Austauschtreffen. Für innovative Dienstleisterinnen gab es die Veranstaltungsreihe Ideen-Pitch. Desweiteren fanden der Gründerinnentag, ein Pilotprojekt Gesundheitswirtschaft, ein Fashion Festival statt und einiges mehr. Es wurden insgesamt 657 gründungsinteressierte Frauen mit 1625 Beratungsgesprächen von mindestens einer Stunde begleitet. In 66 Info-Veranstaltungen wurden 786 Teilnehmerinnen erreicht.

3.3.2	Kongress Unternehmerinnen und Gründerinnen	Fachbereich Wirtschaft	Am Unternehmerinnentag 2017 nahmen 143 Frauen teil, die angebotene Kinderbetreuung wurde genutzt. In 2018 fand der Unternehmerinnentag am 24.11.18 im Neuen Rathaus statt.
Nr. der Maßnahme	Bezeichnung	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Stadtverwaltung Hannover	Sachstand der Umsetzung
3.3.3	Einzelhandels- und Zentrenkonzept: Konzepterarbeitung	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung	Nach einer Onlinebefragung von Bürgerinnen und Bürgern, einer Befragung von Händlerinnen und Händlern und einem Online Check der Betriebe in den Stadtteilen fanden 2 Workshops mit Planerinnen und Planern statt. Die Bestandsaufnahme und Analyse der Einzelhandelssituation erfolgte und ein Konzeptentwurf für ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept mit integriertem Nahversorgungskonzept wird erarbeitet.
3.3.4	Einzelhandels- und Zentrenkonzept: Qualitätssicherung	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung; in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Wirtschaftsförderung	Laufende Betreuung von Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben, Eröffnung Nahversorger Eupener Straße, Baubeginn Nahversorger Philipsbornstraße, Baugenehmigung Nahversorger Alter Damm, Bebauungsplan Vitalquartier Annastift, Versorgungsplanung zum Wohngebiet Kronsberg-Süd. Zur Datenerfassung liegen eine Vollerhebung des Einzelhandels sowie die Ergebnisse der Online-Befragungen vor. Der Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes wird im Frühjahr 2019 vorliegen.
3.3.5	Förderung der Gleichstellung bei Planungswettbewerben und Mehrfachbeauftragungen	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung Fachbereich Gebäudemanagement	Im Berichtszeitraum wurden durch den Fachbereich Planen und Stadtentwicklung keine Wettbewerbe ausgelobt, jedoch 4 extern ausgelobte Wettbewerbsverfahren fanden statt. Bei Verfahren, an denen der Fachbereich Planen und Stadtentwicklung beteiligt war, wurde auf die paritätische Besetzung der Jurys hingewirkt. Die formulierte Zielsetzung ist in die für den internen Gebrauch erarbeiteten Leitlinien für die Erarbeitung von Verfahrensgrundlagen für Auslobungen durch die LHH aufgenommen worden.

--	--	--	--



In den Ausschuss für Angelegenheiten des
Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Gleichstellungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Sozialausschuss
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Sportausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 0792/2019

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Gesamtstädtisches Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ 2019/2020

Mit dieser Drucksache informiert die Verwaltung über die Fortschreibung des
gesamtstädtischen Arbeitsprogramms „Mein Hannover 2030“ 2019/2020 und bittet um
Kenntnisnahme.

Ausgangssituation und Sachstand

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover hat die Verwaltung mit Beschlussdrucksache
(DS 0508/2016) am 16.06.2016 beauftragt, das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover
2030“ als integrierten Prozess in Form eines ressortübergreifenden Arbeitsprogramms
umzusetzen.

Mit Drucksache DS 0286/2017 hat die Verwaltung daraufhin erstmals das dezernats- und fachbereichsübergreifende Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ mit seinerzeit 42 Vorhaben erarbeitet. Mit der vorliegenden Drucksache wird über die Fortschreibung des Arbeitsprogramms und über die Leitlinien der Jahre 2019/2020 informiert.

Zusätzlich zu den Diskussionen in den Ausschüssen werden die einzelnen Vorhaben weiterhin auf der Homepage hannover.de im Bereich des Arbeitsprogramms abgelegt und für Interessierte wie bisher einsehbar sein. Die Projekte werden kontinuierlich im Rahmen der digitalen Kommunikation über die stadteigenen Social-Media-Kanäle einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

Das aktualisierte gesamtstädtische Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ enthält 48 hervorgehobene Projekte und Maßnahmen, die sich aus 26 fortgeführten und 22 neuen Vorhaben zusammensetzen. Dabei wird auf die bewährte Struktur aus dem Stadtdialog und des vorangegangenen Arbeitsprogramms in Form der sechs Handlungsfelder – „Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Umwelt“, „Wohnen, Versorgen, Mobilität und Baukultur“, „Bildung und Kultur“, „Inklusion, Integration und Teilhabe“, „Finanzen“ sowie „Stadtverwaltung 2030“ – sowie der fünf erarbeiteten Querschnittsthemen – „demographischer Wandel, Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender und Diversity)“, „gesellschaftlicher Wandel“, „Innovation“, „Nachhaltigkeit“ sowie „neue Kooperationsformen unter anderem mit relevanten Körperschaften“ – zurückgegriffen.

I. Leitlinien

Für die kommenden zwei Jahre hat die Verwaltung das Arbeitsprogramm unter drei wesentliche Leitlinien gestellt, auf die die einzelnen Vorhaben des Arbeitsprogramms fach- und themenübergreifend mit ihren Maßnahmen und Projekten einzahlen:

1. Modernisierung des Standortes

Zur Modernisierung des Standortes gehören Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise ein modernes Verkehrsmanagement, eine an die aktuellen Bedingungen angepasste Gewerbeflächenentwicklung, aber auch die Digitalisierung von Arbeitsprozessen, Anwendungen und Dienstleistungen oder die Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen.

2. Soziale Zusammenhalt und Gerechtigkeit

Die wachsende und sich entwickelnde Stadt soll Sicherheit und soziale Gerechtigkeit für die Menschen bieten. Die Verwaltung orientiert sich dabei über die klassische Daseinsfürsorge hinaus am Gemeinwohl als Kernaufgabe. Die Weiterentwicklung des Integrationsplanes, die Umsetzung des Sicherheits- und Ordnungskonzeptes, die soziale Quartiersentwicklung, die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes, Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit oder die Erstellung eines neuen Seniorenplanes sind Beispiele für dieses Ziel.

3. Lebenswerte Stadt

Lebensqualität ist kein „weicher“ Standortfaktor mehr, sondern ist entscheidungsgebend in Überlegungen der Wirtschaft zur Ansiedlung in der Stadt oder von Fachkräften aus der Wissenschaft. Gleichzeitig sind die Erwartungen und das Engagement der Menschen in Hannover an ihre Stadt und das Zusammenleben gestiegen. Die Weiterentwicklung von Beteiligungsmöglichkeiten, der Einsatz von umweltfreundlichen nachhaltigen Technologien und Arbeitsweisen sowie der Bau von bezahlbarem Wohnraum oder die Entwicklung der Bildungsangebote und der kulturellen Angebote und Möglichkeiten auch in Hinblick auf die Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt 2025, sind Beispiele von Maßnahmen für die lebenswerte Stadt.

Die Konkretisierung der Leitlinien in den Schwerpunktfeldern wie Wohnungsbau, Stadtentwicklung, Bildung, Mobilität, Wirtschaft, Digitalisierung, Umwelt oder Teilhabe, findet über die Ziele und Maßnahmen der einzelnen Vorhaben des Arbeitsprogrammes statt. Die mit den Vorhaben verbundenen Beteiligungsmöglichkeiten und Umsetzungszeitschienen, werden ebenso transparent veröffentlicht.

II. Vorhaben

Handlungsfeld Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Umwelt

- Nachhaltigkeitsbericht der Landeshauptstadt Hannover
- Gewerbeflächenentwicklung
- Handlungskonzept „Internationale Stadt“
- Programm Elektromobilität „Hannover stromert“
- Umsetzung „Masterplan 100 % für den Klimaschutz“
- Weiterentwicklung der Wochenmärkte
- Weiterentwicklung Ordnungskonzept

Wohnen, Versorgen, Mobilität und Baukultur

- Entwicklung und Aufbau eines Verkehrsmanagementsystems
- Fortschreibung des Bäderkonzeptes
- Hannoversche Wohnungsbauoffensive 2016: Kronsberg-Süd
- Hannoversche Wohnungsbauoffensive 2016: Wasserstadt Limmer
- Perspektive Ihme-Zentrum
- Umsetzung Sportentwicklungsplanung
- Urbane Logistik
- Gestaltungswettbewerb zur Weiterentwicklung des Steintors

Bildung und Kultur

- Bildungsbüro
- Gesamtaktionsprogramm Herrenhäuser Gärten
- House of Music / Sounds
- Kulturentwicklungsplan 2030
- Kulturhauptstadt 2025
- Medienentwicklungsplan – Evaluation und Rollout
- Schulen mit besonderen Herausforderungen / Schule Plus
- Umsetzung „Sanierungsprogramm für Schultoiletten“
- VHS Raum³
- Weiterentwicklung des Schützenfests

Inklusion, Integration und Teilhabe

- Aktualisierung des Lokalen Integrationsplans
- Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung – stadtweit fördern
- Ausbildungsoffensive im Rahmen der Generalistik
- Bürgerschaftliches Engagement
- Digitalisierung in der Seniorenarbeit
- Einbürgerungsoffensive
- Eine familienfreundliche und -gerechte Stadt
- „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“
- Ohne Wohnung in Hannover – Strategien und Maßnahmen zum Umgang mit Wohnungs- und Obdachlosigkeit aus sozialpolitischer Sicht
- Präventive Ansätze in der Demenzversorgung
- Quartierszentrenbildung / ambulante Gesundheits- und Pflegezentren
- Seniorenplan 2021
- Umsetzung Teilhabechancengesetz (Sozialer Arbeitsmarkt)
- Zukunftsorientierte Ausrichtung des Angebotsportfolios des Betriebes Städtische Alten- und Pflegezentren

Finanzen

- Digitalisierung von Bürgerservices und Finanzen
- Haushaltssicherung
- Investitionsmemorandum „Umsetzungskonzept 2017-2026: 500 plus“

Stadtverwaltung 2030

- Elektronische Akte Ausländerbehörde
- Neubau der Regionsleitstelle Hannover
- Personalgewinnung und -bindung
- Planung, Organisation und Durchführung INTERSCHUTZ 2020 und 29. Deutscher Feuerwehrtag
- Umsetzung „Verwaltungsstrategie zur Digitalisierung der Landeshauptstadt Hannover“
- Verstetigung der Beteiligung

III. Stadtentwicklungsbericht

Zum Status Quo und Sachstand zur Umsetzung des bisherigen Arbeitsprogramms wird es Ende 2019, wie im Stadtdialog „Mein Hannover 2030“ angekündigt, den ersten dreijährigen Stadtentwicklungsbericht geben. Diese Bilanz bietet die Möglichkeit – auch im Rahmen der neuen Maßnahmen – die bisherige Entwicklung zu bewerten und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Vorhaben des Arbeitsprogramms „Mein Hannover 2030“ richten sich an die Stadtgesellschaft in all ihren Ausprägungen. Es sind alle Geschlechter gleichermaßen zu berücksichtigen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist als definiertes Querschnittsthema (Gender und Diversity) ein explizites Element bei der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts „Mein Hannover 2030“.

Kostentabelle

Mit dem Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ entstehen keine separaten Kosten. Die Kosten der im Arbeitsprogramm enthaltenen Vorhaben werden in separaten Drucksachen abgebildet und sind in den Haushaltsplanungen finanziell hinterlegt.

15.2
Hannover / 12.03.2019